

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Wagem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Wk teleph. erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Kabakt nach Tarif, der jedoch bei gerichtl. Eintreib. od. Konkursen hinställig wird. Erfüllungsorti Altensteig, Gerichtsstand Nagold. Bezugspreis: Monatl. durch Post 1.50 M., durch Agent. 1.40 M., die Einzelnummer kostet 10 Pfg. Bei Nichterscheinen der Zeitung insolge höh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung / Volkshel-Konto Stuttgart 5780 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Telef. 11.

Nummer 167

Altensteig, Mittwoch den 20. Juli 1932

55. Jahrgang

Um die Regierungsbildung in Preußen

Brief des Landtagspräsidenten an den Reichskanzler

Berlin, 19. Juli. Landtagspräsident Kertl hat einen Brief an den Reichskanzler von Papen gerichtet. Er teilt darin zunächst mit, daß seine Bemühungen um die Bildung einer verfassungsmäßigen Regierung in Preußen erfolglos geblieben seien. Für dieses Ergebnis macht er die vom verlassenen Landtag in letzter Stunde vorgenommene Geschäftsordnungsänderung verantwortlich. Die nationalsozialistische Fraktion sei durchaus bereit gewesen, die Verantwortung für die Regierungsbildung zu übernehmen und einen Kandidaten für den Ministerpräsidenten zu stellen. Sie verlange aber mit Rücksicht auf die diesem zufallende ungeheure Verantwortung, daß der Ministerpräsident vor seiner Wahl keinerlei Bedingungen zu übernehmen brauche, sondern völlige Freiheit in der Bildung des Kabinetts und der Fellecung des Regierungsprogramms behalte. Die Zentrumskraktion habe diese Forderungen abgelehnt. Die nationalsozialistische Fraktion habe keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie von ihren Forderungen auch nach dem 31. Juli nicht abgehen werde. Ihr Fraktionsvorsitzender habe Auftrag gegeben, zur Abwehr der Bestrebungen der Verfassungswidrigkeit der Geschäftsordnungsänderung vor dem Staatsgerichtshof. Obwohl, so heißt es in dem Schreiben weiter, bei dieser Lage zur Behebung der Krise eine nochmalige Besetzung des Volkes notwendig sei, habe er doch den Dreierausschuß zur Beschlußfassung nicht berufen, weil von ihm eine Zustimmung zur Landtagsauflösung nicht zu erwarten sei.

Durch das infolge der Geschäftsordnungsänderung herbeigeführte Scheitern der Bildung einer verfassungsmäßigen Regierung ist nunmehr der nach der Verfassung nur als Notbehelf angeordnete Zustand einer geschäftsführenden, sich nicht des Vertrauens des Volkes erheuernden Regierung zu einem Zustand von unabsehbarer Dauer erhoben und Landtag und Wehrheit des Volkes können ihren Einfluß auf die Führung der Regierungsgeschäfte nicht mehr in der verfassungsmäßig gebotenen Weise ausüben. Die geschäftsführende Regierung könne sich über jeden Beschluß des Landtages hinwegsetzen. Damit sei für Preußen ein Notstand herbeigebrochen, der bei der bestehenden Lage durch den Landtag nicht geändert werden könne. Die Entscheidung des Staatsgerichtshofes könne man nicht abwarten. Der Landtagspräsident stellt vielmehr der Reichsregierung zur Erwägung, ob nicht durch den Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48 eine Verordnung erlassen werden könne, durch die „dieser unwillkürliche, dem Willen der Wehrheit des preussischen Volkes nicht entsprechende Zustand abgeändert werde“. Zum Schluß reat Kertl bei der Reichsregierung an, ob nicht bis zur Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände in Preußen die Polizeigewalt besser vom Reiche übernommen werde.

Erklärung der Reichsregierung im Rundfunk gegen die politischen Ausschreitungen

Berlin, 19. Juli. In dem über die deutschen Sender heute abend gegebenen Nachrichtendienst der Dada wurde folgende Erklärung der Reichsregierung vertieen:

Bei dem Vollzug der Notverordnung gegen politische Ausschreitungen vom 14. Juni 1932, die weitgehende Mißhandlungen gegenüber den bis dahin bestehenden Maßnahmenvorschriften brachte, hatte der Herr Reichspräsident in einem Brief an den Reichsminister des Innern, der seinerzeit auch der Öffentlichkeit bekanntgegeben worden ist, der Erwartung Ausdruck gegeben, daß der politische Meinungskampf in Deutschland sich künftig in ruhigeren Formen abspielen werde und daß Gewalttätigkeiten unterbleiben würden. Der Herr Reichspräsident hatte hinzugefügt, daß er, falls sich diese Erwartung nicht erfüllen sollte, entschlossen sei, mit allen ihm verfassungsmäßig zustehenden Mitteln gegen Ausschreitungen jeder Art vorzugehen.

Leider haben sich jedoch die politischen Zusammenstöße und Ueberfälle namentlich in letzter Zeit dauernd vermehrt, und die Zahl der Toten und Verletzten, die das Opfer von Ueberfällen geworden sind, ist erschreckend gestiegen. Die Polizeigewalt hat offensichtlich nicht überall ausgereicht, solche Zusammenstöße und Ueberfälle zu verhindern.

Der Reichsminister des Innern hat bei dieser Sachlage von der ihm durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. Juni 1932 erteilten Befugnis, Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge wieder zu verbieten, Gebrauch gemacht. Nachdem am Sonntag vor acht Tagen in Ohlau und am letzten Sonntag in Altona sich die bekannten blutigen Vorfälle ereignet hatten, mußte es der Reichsminister des Innern in Uebereinstimmung mit dem Kabinett als seine Pflicht ansehen, zunächst diese Maßnahmen zu treffen. Es ist aber verständlich und von der Reichsregierung auch bereits gestern angekündigt worden, daß das Demonstrationsverbot nur ein erster Schritt ist. Die Länderregierungen sind ersucht worden, die aus dem Verbot von Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzügen sich ergebende Entlastung der Polizei dazu auszunutzen, um die Schusswunden und Wunden der Kommunisten, deren Vorhandensein durch die Altonaer Vorgänge erwiesen ist, nachdrücklich auszubeugen und damit die Grundlage für eine künftige ruhigere Gestaltung öffentlicher Veranstaltungen zu schaffen. Die Reichsregierung wird dem Herrn Reichspräsidenten nötigenfalls weitere Maßnahmen gegen diejenigen vorschlagen, die künftig den politischen Kampf mit der Waffe in der Hand oder gar unter verbrecherischer Verwendung von Sprengstoff führen sollten. Das deutsche Volk kann darauf vertrauen, daß die Reichsregierung durchgreifen wird.

11. Christlich-sozialer Volksdienst (Evangelische Bewegung),
12. Deutsche Bauernpartei,
13. Landbund,
14. Deutsch-Hannoversche Partei,
15. Höchstzahl der Beamten 5000 RM., für die Arbeits- und bis jetzt abgewiesenen Kreisbeschäftigten,
16. Deutsche Einheitspartei für wahre Volkswirtschaft, Unterhaltungsvereine, Arbeiterpartei Deutschlands,
17. Deutsche sozialistische Kampfbewegung,
18. Nationale Minderheiten in Deutschland,
19. Nationale Liste, Großdeutsche Freiheitsbewegung gegen Faschismus und Unsozialismus,
20. Schicksalsgemeinschaft deutscher Erwerbslosen (Erwerbslosenfront),
21. Kampfgemeinschaft der Arbeiter und Bauern,
22. Freiwirtschaftliche Partei Deutschlands (Partei für krisenfreie Volkswirtschaft),
23. Gerechtigkeitsbewegung für Parteienverbot gegen Lohn-, Gehalts- und Renten Kürzungen, für Arbeitsbeschaffung,
24. Deutsche Volksgemeinschaft,

Diese Reichswahlvorschläge sind für gültig erklärt und zugelassen unter der Voraussetzung, daß an diese Reichswahlvorschläge angeschlossene Kreiswahlvorschläge eingereicht und zugelassen worden sind, andernfalls die zugelassenen Reichswahlvorschläge nachträglich wieder gestrichen werden. Die Nummern 6, 7, 10, 13, 16, und 17 fallen bei den Reichswahlvorschlägen aus, weil der Reichsinnenminister diese Nummern vorbehalten hatte für die Deutsche Volkspartei, die Wirtschaftspartei, das Landvolk, die Volkshationale Reichsvereinigung und die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, die zwar zuletzt im Reichstag noch vertreten waren, aber keine Reichswahlvorschläge eingereicht haben.

Reichswahlvorschläge der NSDAP.

München, 19. Juli. An erster Stelle des Reichswahlvorschlags der NSDAP (Hitlerbewegung) stehen laut NSK: Regierungsrat Dr. Wilhelm Fricke, München, Apotheker Gregor Straßler, München, Schriftsteller Dr. Josef Goebbels, Berlin, Generalleutnant a. D. Ritter von Epp, München, Hauptmann a. D. Hermann Goerins, Berlin, Diplomingenieur Gottfried Feder, Würzburg, Handlungsgehilfe Franz Siedler, Berlin, Stealit, Hauptgeschäftsführer Alfred Rosenberg, München, Schriftsteller Graf Ernst zu Reventlow, Potsdam, Oberst a. D. Konstantin Hierl, München, Major a. D. Walter Buch, Golln, Staatsminister Dietrich Klages, Braunschweig, Plazter a. D. Ludwig Rahn, Düsseldorf.

Aus der Wahlbewegung

Dr. Volk und Dr. Brüning in der Stadthalle

Stuttgart, 19. Juli. In einer großen Zentrumsumgebung in der von 10 000 Personen vollbesetzten Stadthalle sprachen heute abend Reichskanzler a. D. Dr. Brüning und Staatspräsident Dr. Volk zur Reichstagswahl. Nach dem Einmarsch der Schwabenwahl ergriff zuerst Staatspräsident Dr. Volk das Wort, der nach einer Würdigung der innen- und außenpolitischen Arbeit des Reichskanzlers Dr. Brüning, die jeder sachlichen Prüfung standhalte, zu dem neuen Kabinett Papen ausführte,

daß diese sogenannte Konzentrationsregierung so konzentriert sei, daß jeder sie ablehne. Habe Brüning es fertig gebracht, Frankreich außenpolitisch zu isolieren, so habe Papen in Lausanne in wenigen Tagen erreicht, daß jetzt Deutschland isoliert sei. Etwas Nützlicheres als das Lausanner Schlussergebnis könne man sich nach den Vorbereitungen Brünings nicht denken. In der Innenpolitik sagen wir der Reichsregierung, die jetzt das Demonstrationsverbot wieder eingeführt hat: Du hast unsere Warnungen nicht gehört und bist daher mitschuldig an dem gestohlenen Blut. Jetzt erwarten wir, daß die Reichsregierung auch noch der Soldatenpielerei ein Ende bereitet und die Uniformen verbietet. Bei ihren Zentralisierungsbestrebungen beachtet die Reichsregierung und die hinter ihr stehenden Nationalsozialisten nicht, daß das, was sie jetzt schaffen, auch einmal in andere Hände kommen und dann gegen sie selbst angewandt werden kann. Heute müssen wir verlangen, daß die Nationalsozialisten sichtbar die Verantwortung übernehmen und zeigen, wie sie dem deutschen Volke Brot, Arbeit, Freiheit und Frieden bringen. Plant aber Hitler die Diktatur, so gefährdet er das Reich. Eine Zahl vielfach so groß wie die Zahl der SA-Leute wird sich gegen eine Diktatur zur Wehr setzen. Wir warnen heute schon. Die Nationalsozialisten glauben aber heute selbst nicht, daß sie samt dem deutschen Nationalen Schwänzen die Wehrheit erringen. In dieser Situation kommt die Bedeutung des Zentrums zum Ausdruck, das als einzige bürgerliche Partei Aussicht hat, nicht zerstückelt, sondern noch größer zu werden.

Von Schwäbisch Gmünd kommend, wo er zuvor in einer Zentrumsversammlung gesprochen hatte, erschien kurz vor 10 Uhr Reichskanzler a. D. Dr. Brüning, jubelnd begrüßt, in der Versammlung. In einer dreiviertelstündigen Ansprache führte Dr. Brüning in Fortführung seiner bisherigen Wahlreden aus, daß es Schwankungen und Schwankungen in der Politik gebe, die nicht ohne Erschütterungen der Autorität erfolgen. Er, Dr. Brüning, habe nicht den Rat gegeben, so rasch nach der Reichspräsidentenwahl einen Regierungswechsel zu den Parteien zu machen, die bisher in schärfster Opposition standen. Um der Autorität willen und aus staatspolitischen Gründen würde ich mich aber, so betonte Dr. Brüning mit Nachdruck, auch heute noch für die Wiederwahl des Reichspräsidenten von Hindenburg einsetzen. Nun ist der Absprung ins Ungewisse getan. Sicher ist eins, daß zur Diktatur zuerst eine Persönlichkeit, die wirklich Diktator sein kann, gehört. Die Uebertragung militärischen Denkens hat sich immer als ein Unalück für ein Volk erwiesen. Zur Raffinierung des Lausanner Ergebnisses, führte Dr. Brüning weiter aus, soll die Regierung Papen sich um die Zustimmung der Parteien bemühen, als deren Wortführer sich der neue Kanzler in Lausanne vorgestellt hat. An der Zustimmung der Parteien sei nicht zu zweifeln, denn ihr gehe es in erster Linie um die Eroberung der Macht im Innern. Das Zentrum sei ernstlich besorgt um die Zukunft unseres Vaterlandes. Es sei ein Verbrechen der Geschichte, daß auf radikale Stöße, die nur nach einer Seite tendieren, nach einiger Zeit der Gegenstoß von der anderen Seite kommt. Nicht durch Diktatur, sondern nur durch eine Politik des Ausgleiches und der Mäßigung wird Deutschland wieder zur Höhe kommen.

Hitler in Schneidemühl

Schneidemühl, 19. Juli. Im Stadion sprach heute nachmittags Adolf Hitler vor etwa 10 000 Personen. Er wandte sich zunächst dagegen, daß die Nationalsozialisten an dem politischen Geschehen der letzten fünf Wochen in Deutschland die Verantwortung trügen. Der Nationalsozialismus erstrebe ein neues freies Deutschland. Sein Ziel sei die Zertrümmerung aller anderen Parteien und die Aufrichtung einer neuen deutschen Volksgemeinschaft. Wenn dieses Ziel erreicht sein werde, dann werde auch über

Um die Regierungsmaßnahmen

Berlin, 19. Juli. Die „Germania“ teilt in ihrer Mittwochsmorgenausgabe mit, sie habe von zuverlässiger Seite erfahren, daß nach den Beratungen der Reichsregierung die Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen so gut wie sicher sei. Im Zusammenhang mit der morgigen Besprechung des Reichskanzlers mit den preussischen Ministern Dittscheier und Govering schreibt das Blatt, daß die preussischen Minister bei dieser Gelegenheit über das geplante Vorgehen des Reiches unterrichtet werden sollen. Das Verfahren, so berichtet die „Germania“, das der Reichskanzler dabei einschlagen gedenke, sei so, daß er an die preussische Regierung die Aufforderung richten wolle, freiwillig zurückzutreten, um den Reichskommissar, als welcher nach der „Germania“ übrigens Herr von Papen selbst fungieren soll, Platz zu machen.

von Papen Reichskommissar von Preußen

Dr. Bracht sein Bevollmächtigter

Berlin, 20. Juli. (Telegramm.) Es verlautet, daß Reichskanzler v. Papen zum Reichskommissar von Preußen und Dr. Bracht zu seinem Bevollmächtigten ernannt wird.

21 Reichswahlvorschläge amtlich zugelassen

- Berlin, 19. Juli. Der Reichswahlaußschuß trat unter dem Vorsitz des Reichswahlleiters, Professor Dr. Waemann, zur Prüfung und Zulassung der eingereichten Reichswahlvorschläge zusammen. Es wurden, wie amtlich mitgeteilt wird, folgende 21 Reichswahlvorschläge für gültig erklärt und zugelassen:
1. Sozialdemokratische Partei Deutschlands,
 2. Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitlerbewegung),
 3. Kommunistische Partei Deutschlands,
 4. Deutsche Zentrumspartei,
 5. Deutschnationale Volkspartei,
 6. Deutsche Staatspartei,
 7. Bayerische Volkspartei,



Deutschland die Sonne der Freiheit und des Glücks leuchten. Erreichen die Nationalsozialisten am 31. Juli nicht ihr Ziel, so heiße es am 1. August: Die Arbeit geht weiter!

Hugenberg in Köln

Köln, 19. Juli. Der Führer der Deutschnationalen Volkspartei, Dr. Hugenberg, hielt heute hier in einer Wahlversammlung eine Ansprache, in der er u. a. seine Pläne einer Verwaltungsreform entwickelte und die Forderung nach einem erblichen Kaiserthum aufstellte. Durch den Sturz Brüning's sei Deutschland einen großen Schritt vorwärts gekommen. Für die jetzige Regierung seien die Deutschnationalen nicht verantwortlich. Mit dem Ergebnis von Paulsanne seien sie nicht einverstanden gewesen, denn die Frage der deutschen Wehrhoheit dürste nicht wieder fallen gelassen werden, sobald man sie aufgeworfen habe; auch hätte man deutsche Zahlungen in einem Augenblick nicht anbieten dürfen, in dem Deutschland unter dem Druck seiner wirtschaftlichen Schulden seine größten Gefahren durchmache. Zum Schluss seiner Rede ging Dr. Hugenberg noch einmal auf eine Koalition zwischen Zentrum und Nationalsozialisten ein und erklärte, daß in einem solchen Falle das Ende der nationalsozialistischen Partei da sein würde. Das sei nicht nur eine Sorge der Nationalsozialisten, sondern auch die Sorge der Deutschnationalen, die ja gemeinsam mit den Nationalsozialisten ein nationales Deutschland aufbauen wollten.

Die Wahlparole des Stahlhelm

Der Stahlhelmpreßendienst schreibt: Zu der Wahlparole, die der Stahlhelm zum 31. Juli ausgegeben hat, und durch die den einzelnen Kameraden die Wahl der nationalsozialistischen oder deutschnationalen Listen empfohlen wird, wird uns aus Stahlhelmskreisen mitgeteilt, daß der Bund an sich von Wahlen innerhalb des parlamentarischen Systems keine Rettung Deutschlands erwartet. Selbstverständlich ist der Stahlhelm aber der Ueberzeugung, daß jeder Stahlhelmkamerad sich an der Wahl zu beteiligen und eine nationale Liste zu wählen hat. Denn es handelt sich darum, auf die zahlenmäßige Möglichkeit einer Wiederkehr des schwarz-roten Systems zu verhindern, daß jetzt endlich auf dem Wege des Absterbens ist. Für den einzelnen Stahlhelmer, der zur Wahl geht, ist die Entscheidung diesmal insofern weniger schwer, als im nationalen Lager eigentlich nur noch zwei politische Parteien als ernsthafte Bewerber um parlamentarische Mandate auftreten, die Nationalsozialisten und die Deutschnationalen. Selbstverständlich bedeutet die Aufforderung des Stahlhelm nicht das Einreten für eine bestimmte Partei, wozu der Bund der Frontsoldaten als überparteiliche und antiparlamentarische Organisation niemals in der Lage wäre. Wohl aber ist es erforderlich, am 31. Juli auch an dieser Stelle der politischen Kampfesfront alle Kräfte zu versammeln und zu verhindern, daß der auf dem Rückzug befindliche Gegner sich wieder sammelt und fechtet. Deshalb wählt jeder Stahlhelmer am 31. Juli eine der Listen, der großen nationalen Parteien, Nationalsozialisten oder Deutschnationale.

Die Aufgaben des freien Arbeitsdienstes

Berlin, 19. Juli. Der zum Reichskommissar für den Arbeitsdienst ernannte Präsident Dr. Sorau erläuterte vor Vertretern der Presse die Aufgaben des freiwilligen Arbeitsdienstes, der künftig diejenigen Deutschen allgemein ohne Unterschied der Herkunft, der Berufsbildung und der Weltanschauung zusammenfassen soll zu gemeinsamer nacheinander Arbeit für die Volksgemeinschaft. Eine wesentliche Änderung bestehe darin, daß künftig allgemein bei vollwirtschaftlichen wertvollen Maßnahmen die Höchstzahl, für die der einzelne Arbeitsfreiwillige gefördert werden kann, von bisher 20 Wochen auf 40 Wochen ausgedehnt werden soll. Im Mittelpunkt des Arbeitsdienstes müsse die ernsthafte Arbeit stehen. Entscheidend für das Gelingen dieser hochgedachten Ziele sei die Lösung der Führerfrage. Fanatismus und Bürokratismus jeder Art seien gerade auf diesem Gebiete von Uebel. Man könne bereits beobachten, daß Führertypen besonderer Prägung sich herauszubilden begännen. Ich halte es, betonte Dr. Sorau, für meine Aufgabe, diese Entwicklung mit Nachdruck zu unterstützen. Die 55 Millionen RM, die bisher für die Zeit bis zum 31. März nächsten Jahres zur Verfügung stehen, ermögliehen bei einer Förderung bis zu 2 RM je Kopf und Arbeitstag etwa 30 Millionen Tagewerke im freiwilligen Arbeitsdienst auszuführen. Auf Grund der Erlebnisse der nächsten Monate werde ich der Reichsregierung das erwünschte Gutachten darüber erstatten, ob und unter welchen Voraussetzungen die Einführung eines Arbeitsdienstes in Deutschland geboten ist.

An Erhaltung der Ausführungen des Reichskommissars für den freiwilligen Arbeitsdienst erfahren wir, daß schon auf Grund der ersten Veröffentlichungen über den freiwilligen Arbeitsdienst den beteiligten Stellen eine solche Anzahl von Angeboten aller Art, sowohl an Menschen wie auch an Material, gemacht worden ist, daß deren Bearbeitung die Arbeitskräfte der beteiligten Stellen fast vollkommen lahmlegen würde. Da aber erst der Verwaltungsapparat für den freiwilligen Arbeitsdienst so klein und billig wie möglich gehalten werden muß, dient es nur der Sache, wenn solche Angebote sich nicht wiederholen.

Das Abrüstungstheater in Genf

Genf, 19. Juli. Die Beratungen über die Entschlichung, mit der die Abrüstungskonferenz vorläufig abgeschlossen werden soll, wurden fortgesetzt. Es fanden Einzelgespräche zwischen den amerikanischen, englischen und französischen Delegationsführern statt. Die Beratungen spielten in den Besprechungen keine besondere Rolle mehr. Im Deicht sollen die fünf Hauptmächte (Amerika, Japan, England, Frankreich, Italien) in London die Beratungen über den Hooverdalan aufnehmen. Die Annahme, daß zwischen der amerikanischen und der französischen Delegation eine Annäherung in der Frage der bewaffneten Streitkräfte (effektive) sich anbahnt habe, scheint sich nicht zu bestätigen.

In den privaten Besprechungen ist man auch heute bemüht, die Lücken des Beneš'schen Resolutionsentwurfes hinsichtlich der schweren Artillerie, der Tanks und des Bombardierwesens zu schließen.

Wirtschaftspolitische Grundforderungen des deutschen Handwerks

Der Reichsverband des deutschen Handwerks hat der Öffentlichkeit ein Programm übergeben, das eine Reihe von wirtschaftspolitischen Grundforderungen aufstellt. Es wird die Anerkennung der selbstverantwortlichen Unternehmertätigkeit, die Förderung einer dezentralisierten Gütererzeugung und Güterverteilung gefordert. Die auf willigen Abbruch der deutschen Volkswirtschaft vom Auslande gerichteten Bestrebungen werden abgelehnt, ebenso die Belastung der Wirtschaft mit Steuern und Abgaben insoweit, als sie das wirtschaftliche Leben erstickt oder doch in eine ungesunde Entwicklung drängt. Nach Auffassung des Reichsverbandes ist es eine staatliche Aufgabe ethischer Art, für die Rechtsschaffenheit und Ehrlichkeit im wirtschaftlichen Leben als der Grundlage für alles Vertrauen, für jeden Kredit zu sorgen. An die Stelle der Preisunterbietung soll die höhere Leistung, an die Stelle marktstreuerischer und schwindelhafter Klänge das verantwortliche Angebot der hochstehenden Arbeit treten. Der Reichsverband hält die Verfaßung, eine Binnenwährung zu schaffen, und das Streben, private Zahlungsverpflichtungen der deutschen Wirtschaft durch Währungsmaßnahmen abzulösen, wegen ihrer unübersehbaren Folgen für verderblich. Es sei Pflicht von Reichsregierung und Reichsbank, die Stabilität der Währung zu sichern. Gefordert wird ferner eine Kreditpolitik, die eine organisch gesunde und in den Zinsfragen tragbare Kreditorganisation sicherstellt. Man wünscht eine gesunde Grundstücks- und Siedlungspolitik unter Einschaltung des Handwerks, Förderung des Kleinwohnbaus, Ausforderung der Kartelle und Konzerne, Pflege des Altbauwesens, Bekämpfung der Schwarzarbeit usw. endlich eine grundlegende Verfassungs- und Verwaltungsreform und berufshandliche Vertretung.

Neues vom Tage

Konferenz der deutschen Landwirtschaftsminister

München, 19. Juli. Unter Vorsitz des Reichsernährungsministers Freiherr von Braun begann hier die Konferenz der deutschen Landwirtschaftsminister, auf der brennende Tagesfragen der Landwirtschaft behandelt werden sollen, und zwar vor allem die Fragen der Erntebergung, Erntefinanzierung, die Kreditfragen, die Förderung des Abzuges und des Schutzes der Erzeugnisse der Milch- und Wollereiwirtschaft, des Obst- und Gartenbaus und der Viehzucht. Reichsernährungsminister von Braun stattete dem Ministerpräsidenten Dr. Heß einen Besuch ab; abends findet in den Räumen des Staatsministeriums des Innern ein Empfang statt, den Staatsminister Dr. Stügel in Form eines Bierabends veranstaltet.

Kein Auftreten des Kartoffelkäfers in Deutschland

Berlin, 19. Juli. In der Presse erschienen während der letzten Tage mehrfach Meldungen über angebliches Auftreten des gefährlichen Kartoffelkäfers (Colorado-Käfer) in Deutschland. Da sollte der Käfer z. B. in der Gegend von Frankfurt a. M. und von Dresden festgestellt worden sein. Hierzu wird amtlich mitgeteilt, daß die Untersuchung in allen gemeldeten Fällen ergeben hat, daß es sich nicht um den Colorado-Käfer, sondern um andere harmlose Käferarten handelte. Der Kartoffelkäfer ist zur Zeit nirgends in Deutschland festgestellt.

Kardinal Vertram an den Reichskanzler

Breslau, 19. Juli. Im Namen der in der Fuldaer Bischofskonferenz vereinigten Oberbistümer hat Kardinal Vertram-Breslau an den Reichskanzler und den Reichsinnenminister ein Schreiben gerichtet, das die Reichsregierung dringend ersucht, in den letzten Wochen vor der Reichstagswahl dem überhandnehmenden Terror der radikalen Parteien mit durchgreifender Strenge entgegenzutreten. Eine nachsichtige Behandlung solcher Zustände würde die Untergrabung jener Wahrung der Staatsautorität zur Folge haben, die heiliges Gebot der christlichen Ordnung ist.

v. Gronau startbereit zum Amerikaflug

Hilt auf Selt, 19. Juli. Der Dornierwerk Wolfang von Gronau liegt startbereit in Hilt. Der neue Amerikaflug soll erfolgen, sobald gute meteorologische Vorbedingungen gegeben seien. Neben von Gronau werden Junker Albrecht, Maschinist Hof und Kapitän der Piloten (Zimmer) der zweite Pilot Roth an dem Fluge teilnehmen.

Zwischenfall bei der Beerdigung zweier erschossener Frauen

Hannau, 19. Juli. In Langenselbold wurden die beiden Frauen beerdigt, die bei den Erwerbslosenunruhen am Freitag erschossen worden waren. An der Beerdigung nahmen etwa 5000 Personen teil. Auf dem Rückweg bewarfen eine Anzahl der Teilnehmer das Haus eines Landwärters mit Steinen. Der Landwärtler sah sich schließlich gezwungen, sich der Angreifer mit seinem Revolver zu erwehren. Er verletzte einen Arbeiter tödlich, drei Personen schwer und mehrere leicht. Ein Schwerverletzter ist gestorben.

Politische Ausschreitungen in Memmingen

Memmingen, 19. Juli. In einer Versammlung der Bayerischen Volkspartei kam es heute zu schweren Ausschreitungen. Der Redner, Dr. Köttermel, wurde von den Nationalsozialisten, die ziemlich zahlreich anwesend waren, dauernd unterbrochen. Die Nationalsozialisten drangen schließlich mit erhobenen Stühlen und Biergläsern gegen die Rednertribüne vor. Saalschutz und Polizei versuchten vergeblich, die Ruhe herzustellen. Es kam zu einer regelrechten Saalschlacht. Der Schriftleiter des „Memminger Volksblattes“ Dr. Fink wurde durch einen Stuhl am Kopfe schwer verletzt und mußte sich in ärztliche Behandlung begeben. Der Täter wurde verhaftet.

Graf Bernstorff holt im Foreign Office Informationen über den Vertrauenspakt ein

London, 19. Juli. Der deutsche Geschäftsträger, Graf Bernstorff hat heute im Auftrag seiner Regierung im Foreign Office vorgeprochen, um eingehendere Informationen über das englisch-französiche Vertrauensabkommen zu erhalten. Da der Staatssekretär des Äußeren, Sir John Simon, nicht anwesend war, hatte er eine Besprechung mit einem hohen Beamten des Foreign Office.

Aus Stadt und Land

Altensteig, den 20. Juli 1932.

— Boreest keine Schlachtsteuer in Württemberg. In einer deutschnationalen Versammlung am Sonntag in Horb erklärte Finanzminister Dr. Dehlinger auf eine Anfrage, ob der württembergische Staat die Einführung der Schlachtsteuer, die in zahlreichen anderen Ländern, so auch im benachbarten Hohenzollern, vorhanden ist, plane, daß er dies so gut wie möglich verhindern wolle, weil eine weitere steuerliche Belastung schädlich sei.

— Die Linden blühen. Um die Linde summen die Bienen. Die prächtig, weit ausladenden Kronen der stolzen, großblättrigen Sommerlinden überströmen vom süßen Duft der Lindenblüten. Einstens Schutzbäume der deutschen Dorfgemeinden, ernsten Bauern und Städter den Segen der Linde. Der Imker hofft auf Lindenhonig. Alt und jung gehen „Lindenblut“ pflücken. Lindenblut gibt trocken eingesammelt und im Schatten gedörrt den vorzüglichen, heilsamen Lindentee. Lindenblütentee ist besser deutscher Tee. Er hat nervenanregende, schweiß treibende, krampfstillende Wirkung. Als Heiltee findet er vorzugsweise Verwendung bei katarrhaliichen Entzündungen, bei Schnupfen und chronischen Husten. Er wird selbst gegen Epilepsie und Wasserlucht empfohlen. Mit Wein vermishter Lindenblütentee ist ein gutes Hausmittel bei Bleichsucht. Der Extrakt der Lindenblüten wird als geschähtes Lindenblütenwasser zur Förderung des Haarwuchses verwendet. Wer Lindenblüten pflückt, vergesse nicht die Leiter sicher und fest anzustellen. Ein Abstürzen von der hohen Linde hat schon manchen Arm- und Beinbruch verursacht. Die kleinblättrige Winterlinde blüht zwei bis drei Wochen später als ihre großblättrige Schwester.

Zweienberg, 19. Juli. Am letzten Sonntag sprach hier im Gasthaus zum „Ochsen“ in einer nationalsoz. Versammlung Pfarrer Rehm von Simmersfeld an Stelle des verhinderten Pfarrers Teusch von Leutershausen in Baden. Der Redner führte aus, sämtliche Parteien hätten bisher ihre Aufgabe darin erblickt, die Interessen einzelner Klassen und Stände zu vertreten, um dabei auf Kosten der andern möglichst viel herauszuholen. Das habe zum heutigen Ruin geführt; denn es könne keinem Stand gut gehen, wenn der andere leide. An Stelle dieser Interessentenparteien habe Adolf Hitler die Volksgemeinschaft der nationalsozialistischen Bewegung gesetzt mit dem Losungswort: Gemeinnutz vor Eigennutz. Wenn andere Parteien in letzter Zeit dazu übergegangen seien, ähnliche Forderungen aufzustellen, so müsse betont werden, daß diese Parteien nicht in der Lage seien, ihre Forderungen durchzuführen, da sie nicht die Volksgemeinschaft d. h. die Zusammenfassung aller Klassen, Stände und Berufe verwirklichen können. Dies sei nur dem Nationalsozialismus gelungen. Nachdem der Redner sich mit den einzelnen Parteien und ihrer Taten auseinandergesetzt hatte, kam er in ausführlicher Weise auf das Zentrum zu sprechen. Dieser Partei werde leider von vielen Deutschen immer noch zu wenig Beachtung geschenkt. Schon Bismarck habe in klarer Erkenntnis die wahren Ziele dieser Partei das Zentrum als die Brechbatterie, die gegen den nationalen Staat aufgeföhren sei, bezeichnet. Wie in diesem Sinne heute gearbeitet werde, zeigte der Redner an Hand verschiedener Zeitungsartikel. Eine schwarze Zeitung habe in den letzten Jahren geschrieben, es müsse so weit kommen, daß sich das katholische Deutschland und das katholische Frankreich am katholischen Rhein die Hand reichen könne. Wie sich unter diesen Umständen ein evangelischer Geistlicher in einem Wahlaufruf für das Zentrum, als der Partei der Ruhe und Ordnung einsehen könne, sei unverständlich. Wohl sei ja Hitler auch katholisch, aber Hitler stehe auf dem Standpunkt, daß jeder seines Glaubens, den er von seinen Vorfahren übernommen habe, leben soll. In erster Linie seien wir Deutsche und nicht Angehörige einer Konfession. Wenn unter der Fohstiel gewisser schwarzer Kreise die Einheit des Reiches auseinanderbräche, habe Frankreich sein Ziel erreicht, was für uns das Schicksal einer französischen Skanantolonie bedeuten würde. Es müsse bei der kommenden Reichstagswahl erreicht werden, das Zentrum aus seiner maßgebenden Stellung zu entfernen. Zum Schluss wandte sich der Redner gegen die Regierung von Papen, die von den Gegnern der Nationalsozialisten als Hitlerregierung bezeichnet werde. Nicht Hitler habe diese Regierung berufen, sondern Hindenburg, der von Zentrum und Sozialdemokraten gewählt worden sei. Die Verantwortung für die Taten dieser Regierung hätten deshalb die Parteien zu tragen, die Hindenburg gewählt hätten. Die Nationalsozialisten würden in ihren Notverordnungen einmal nicht vort unten nach oben, sondern umgekehrt von oben nach unten lehren. Wenn dies seither schon geschehen wäre, müßte man nicht die ohnehin schon fargen Renten kürzen und den Vermögenden der Armen eine Salzsteuer aufdrücken. Gewiß ohne große Opfer gehe es nicht ab, aber wenn das Volk sehe, wofür es diese Opfer bringe, werde es diese gerne auf sich nehmen. Der Redner schloß seine Ausführungen mit dem Hinweis, daß Gott nur zu einem solchen Volk stehe, das gegen die Lüge kämpfe und sich für die Wahrheit und Gerechtigkeit einsehe. — Der Versammlungsleiter, Hauptlehrer Bizer, führte noch an, daß der französische Ministerpräsident auf der Lausanne Konferenz den Reichskanzler gefragt habe, ob er sich hart genug fühle, jede Bewegung, die gegen den Frieden (1) kämpfe, unterdrücken zu können. Damit sei die nationalsozialistische Bewegung gemeint gewesen und es ergebe sich daraus ganz klar, daß die nationalsozialistische Bewegung die einzige sei, vor der Frankreich noch Respekt habe. Daher gelte es auch für die Bayern, diese Partei so stark wie nur möglich zu machen. Ihre Belange würden bei der nationalsozialistischen Partei besser vertreten als in den kleinen Splitterparteien; denn im neuen Reichstag würden — wie schon jetzt im preussischen Landtag — in der nationalsozialistischen Fraktion mehr Bayern sitzen als in allen andern Parteien zusammen. Mit dem Appell, am 31. Juli geschlossen zur Wahlurne zu treten und für die nationalsozialistische Freiheitsbewegung zu stimmen, wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Kirchenbezirktag in Calw

Calw, 19. Juli. Gestern trat im Vereinshaus der jährliche Kirchenbezirktag zusammen, der mit einem Gottesdienst eröffnet wurde. Stadtpfarrer Maier in Neubulach hielt die Morgenandacht über das Prophetenwort: Er gibt dem Müden Kraft und Stärke genug dem Unvermögenden. Daran anschließend begrüßte Pfarrer Kooz die Teilnehmer des Bezirkstages. Der Haushaltsplan des Kirchenbezirks sieht an Einnahmen 100 Mark, an Ausgaben 2200 Mark vor. Zur Deckung von 2100 Mark wird eine Umlage von 5 Prozent des Landbesitzessteuerbetrags im Betrag von 1923 Mark erhoben werden. Für den Rest werden die Erübrigungen der letzten Rechnungsperiode herangezogen. Die Opfer für die Hagelbeschädigten im Bezirk



betrug 1700 Mark. Statt eines Beitrags für die Gemeindegemeinschaft hat der Oberkirchenrat 170 Mark bewilligt für solche Kirchengemeinden, die eine Umlage von über 100 Prozent haben. Das einmalige Opfer für die Bezirkshilfskasse ergab 314 Mark. Davon erhält die Kirchengemeinde Breitenberg 130 Mark, Oberollmangen 40 Mark, Holzbrunn 30 Mark, Javelstein 50 Mark, Unterreichenbach 34 Mark und Reubulach 30 Mark. Defan Roos erstattete hierauf einen lichtvollen Bericht über das kirchliche Leben im Bezirk. Nach einem allgemeinen Rückblick über die wirtschaftliche Lage, über radikale Elemente in Deutschland, die sich in der Gottlosenbewegung und im Tannenbergbund breit machen, über die versuchte Politisierung der Kirche, über die erhöhte Wirksamkeit der Sekten und über das Streben der deutschen Jugend nach innerer Vertiefung auch bei den Studenten gab der Redner wichtige Aufschlüsse über die Erscheinungen des Zustandes der Gemeinden. In der Zahl der Geburten und der Eheschließungen ist ein weiterer Rückgang eingetreten. Die Zahl der Sterbefälle ist sich ziemlich gleich geblieben. Im Bezirk herrscht noch ein Mangel an unständigen Geistlichen. Die meisten bedürftig sind aber in einigen Jahren abgeholfen sein. Der Steuerertrag erschwert das Amt der Kirchenpfleger. Kirchenrenewerungen haben in Detschenstreu und Stammheim stattgefunden; die Erneuerung der Kirche in Reuweiler mußte zurückgestellt werden. Die kirchlichen Opfer sind um 10 Prozent zurückgegangen. Erstreulich ist das reichliche Opfer für die Heidenmission und für die Wetterbeschädigten. Der Besuch der Christenlehre leidet unter ersten Schwierigkeiten. Als Ersatz ist teilweise ein Kindergottesdienst eingeführt. Die Belebung des Gottesdienstes und des musikalischen Lebens durch das neue Singen hat sich bewährt, leider wird das Gesangbuch und der Choral durch eigene Lieder von Vereinigungen verdrängt. Eine Besserung muß von unten herauf kommen, das heißt, daß in den Schulen ein neuer Lehrplan eingeführt werden sollte, der durch Einräumung von Chören auch den Bedürfnissen der Kirche entgegenkommen sollte. In der Aussprache wird ausgeführt, daß der Oberkirchenrat mit der Oberkirchenbehörde diese Sache regeln sollte. Die Evangelisationsbewegungen sind zu unterstützen, wenn sie im Rahmen der Kirche sich bewegen. Auch die Zeitschriften stiften Segen. Es muß aber gesagt werden, daß die Zeitschriften mehr für größere Städte als für das Land angezeigt ist. Sie soll sich auf die Kreise beschränken, für die sie eigentlich eingeführt wurde. Nachdem der Redner noch die Tätigkeit der „Arche“ in Wöttingen und die des Volkshundes kurz berührt hatte, schloß er seine umfassenden Ausführungen mit den Worten zur Aufmunterung schlichter Glaubensleute und dem Bibelwort: Die Güte des Herrn ist's, daß wir nicht gar aus sind. — Nach dem Bericht des Defans und nach einer eingehenden Aussprache hielt Sekretär Edler in Ronbachthal einen Sonderbericht über „Die seelischen und sittlichen Nöte des jugendlichen Erwerbslosen“. In tief erschütternden Bildern wurde der Zustand der Erwerbslosen vor Augen geführt. Pfarrer Gundert in Unterreichenbach sprach über „Die Bedeutung der neuen Gottesdienstordnung für die Landgemeinden“ und Stadtpfarrer Römer in Stuttgart gab einen Bericht über die Tätigkeit des Landeskirchentags. Die inhaltreiche Tagung fand ihren Abschluß mit Gebet und Gesang.

Rottenburg, 19. Juli. (Umlage in Rottenburg.) Die Rottenburger Amtskörperschaft kann heuer ihre Umlage um 40 000 Mark senken. Die Gesamteinnahmen sind 92 322 Mark, denen 398 723 Mark Ausgaben gegenüberstehen. Der Abmangel beträgt 306 401 Mark, wozu noch 1500 Mark vom letzten Jahre kommen. Als Körperschaftsumlage sind 275 000 Mark vorgesehen, also 40 000 Mark weniger als im letzten Jahr, der Rest von 33 000 Mark soll aus Restmitteln früherer Jahre gedeckt werden. Eine weitere Senkung ist nicht mehr zulässig, da die Ausgaben auf dem Gebiet der Krisenfürsorge den Haushaltplan beherrschen.

Reutlingen, 19. Juli. (Der Turm auf der Achalm in Gefahr.) Dieser Tage fand unter Führung des Vorsitzenden des Verkehrsvereins Reutlingen eine Besichtigung des Turmes auf der Achalm statt. Dabei mußten die zugezogenen Bauverständigen feststellen, daß der Turm nach seinem derzeitigen baulichen Zustand sehr gefährdet und daß ein sofortiges Eingreifen erforderlich ist, wenn der Turm erhalten werden soll. Nach den vorliegenden Schätzungen wird eine beträchtliche Summe erforderlich sein, um die dringend notwendig gewordene durchgreifende Ausbesserung des Turmes durchzuführen. Der Verkehrsverein Reutlingen hat im Einvernehmen mit der Ortsgruppe des Schwäbischen Albvereins sofort die notwendigen Schritte zur Weiterverfolgung der Angelegenheit unternommen.

Siedenhäuser Df. Tübingen, 19. Juli. (Der rote Hahn.) Am Montag abend brach bei Schmied Luz Feuer aus, das in der Scheuer mit angebautem Schuppen reichliche Nahrung fand, so daß das Anwesen in wenigen Minuten in hellen Flammen stand. Die Feuerwehr konnte den Brand auf seinen Herd beschränken.

Stuttgart, 19. Juli. (Tagung der württ. Arbeiterkammer.) Die württembergischen Arbeiterkammer hielt in Degerloch ihre Jahresversammlung ab. Nach dem Bericht des Gauvorsitzenden Budel ist der Mitgliederstand gegenüber dem Vorjahre stabil geblieben. Er beträgt 231 Vereine mit rund 31 000 aktiven und passiven Mitgliedern. Beschlossen wurde, an Stelle des verschobenen zweiten Bundesländerfestes in Nürnberg ein Landeslängertreffen im Juli nächsten Jahres in Stuttgart abzuhalten.

Ludwigsburg, 19. Juli. (Wegen unglücklicher Liebe.) Weil die Eltern nicht in die eheliche Verbindung mit seiner Geliebten willigen wollten, hat sich ein hiesiger junger Mann in einem Wirtschaftslokal mit Zyankali vergiftet. Als der Unglückliche der Bedienung gegenüber seine Selbstmordabsicht geäußert hatte, ließ sie schleunigst seine Eltern herbeirufen, aber ehe diese ankamen, trank der junge Mann aus einem Gläschen das tödlich wirkende Gift und schlief sich noch vor das Wirtschaftslokal, wo er tot zusammenbrach.

Lauffen a. N., 19. Juli. (Billige Kartoffeln.) Die Preise für unsere überall anerkannten vorzüglichen Kartoffeln sind derart niedriger, daß sich ihr Anbau kaum mehr lohnt. Für den Zentner erhält der Erzeuger nur noch 2.50 RM.

Urach, 19. Juli. (Verkehrsunfall.) Vormittags wollte der 15 Jahre alte Freizeitlehrer Böhrler von hier mit einem Fahrrad in die Stuttgarterstraße einbiegen. In demselben Augenblick kam ein Heidelberger Personentransportwagen stadtauswärts. Beide Fahrzeuge stießen zusammen. Der Radfahrer zertrümmerte mit seinem Kopf die vordere Scheibe des Autos. Mit einem komplizierten Schädelbruch wurde er ins Bezirkskrankenhaus verbracht.

Deppenhausen Df. Ebingen, 19. Juli. (Zwei Pferde vom Blitz erschlagen.) Am Samstag wurde ein Bauernfuhrwerk, das vom Felde heimkehrte, vom Blitz getroffen. Die beiden Pferde waren auf der Stelle tot. Der Fuhrmann Matthäus Meyer saß auf dem Bernerwagen. Er hatte eine Pferdebede über Kopf und Oberkörper gezogen und kam wie durch ein Wunder ohne Schaden davon. — In Unterjoching schlug am Sonntag der Blitz in das Anwesen des Auberer und tötete den Hund.

Napensburg, 19. Juli. (Politische Ueberfälle.) In der Nacht auf Sonntag wurde in Knollengraben ein SA-Mann von Bodnegg vom Rad heruntergerissen und schwer verletzt. Er mußte ins Krankenhaus verbracht werden. — In der gleichen Nacht wurde in Baiensfurt ein Zeitungsvorkäufer der Nationalsozialisten von Weingarten ebenfalls schwer mißhandelt.

Vom bayerischen Allgäu, 19. Juli. (Tödlicher Auto-unfall.) Das Auto eines Baumeisters von Kempten fuhr in der Nähe von Heising infolge Platzens eines Reifens gegen einen Baum. Die Insassen wurden herausgeschleudert. Kriminalkommissär Sperr von Kempten erlitt einen Schädelbruch und war sofort tot, während die beiden Mitfahrer leicht verletzt wurden.

Von der bayerischen Grenze, 19. Juli. (Todessturz mit dem Motorrad.) Als der 21jährige Sohn des Ortskrankenkassenverwalters Habermeyer in Lauingen mit einem schweren Motorrad auf dem Bahnhof fuhr, rannte er mit dem Kopf an einen Alleebaum. Der junge Mann verschied nach wenigen Minuten.

Württ. Landeskreditanstalt

Stuttgart, 19. Juli. In dem Geschäftsbericht der Württ. Landeskreditanstalt Stuttgart über das Geschäftsjahr 1931 wird darauf hingewiesen, daß die Kreditanstalt im ganzen die schwere Prüfung des vergangenen Jahres aus eigener Kraft auszuhalten hat. Es wurden im ganzen 14,6 Millionen RM. neue Kredite ausbezahlt. Die Einnahmen aus Zinsen und Tilgungen überstiegen beträchtlich den Boranschlag. Dieses Ergebnis ist auf die Einnahme der württembergischen Wirtschaft, insbesondere den krisenfesten württembergischen Arbeiter, wesentlich zurückzuführen. Andererseits hat sich die Anstalt entschlossen, bedürftigen Kreditnehmern freiwillig bei den Zins- und Tilgungsleistungen noch mehr als bisher unter die Arme zu greifen. Finanzpolitisch ist die Lage der Anstalt zurückzuführen. Volkswirtschaftlich dagegen ist es bedauerlich, daß die Endfinanzierung des Baujahres 1931 nicht richtig durchgeführt werden konnte. Der Bericht bringt zum Ausdruck, daß die Landeskreditanstalt auch in Zukunft als gemeinnützige, öffentlich-rechtliche Sparkassenbank nicht entbehrt werden kann. Bei einer Anmeldezahl von 7700 Wohnungen wurden im ganzen Darlehen zu 3125 Neubauwohnungen mit einer Gesamtsumme von 8 510 900 RM. gegeben. Von 1924 bis 1931 wurden für insgesamt 56 666 neue Wohnungen einschließlich der neubaubereit liegenden Instandsetzungen 191 826 980 RM. Darlehen gegeben. Dazu kommen für kleine Instandsetzungen rund 4170 Wohnungen mit 4 430 000 RM. Darlehen. Es sind demnach insgesamt von der Landeskreditanstalt aus eigenen Mitteln 60 836 Wohnungen mit 196 256 980 RM. Darlehen gefördert worden.

Das Versammlungsverbot im Oberamtsbezirk Freudenstadt

Kleine Anfrage
Am letzten Samstag und Sonntag wollte ich an verschiedenen Orten des Oberamts Freudenstadt öffentliche politische Versammlungen abhalten. Die Versammlungen wurden durch Vertrauensleute unserer Partei rechtzeitig angemeldet. Das Oberamt Freudenstadt erklärte jedoch, diese Versammlungen nicht zu lassen zu können, da aus besonderen Gründen an diesem Samstag und Sonntag die notwendigen polizeilichen Kräfte nicht zur Verfügung stehen, um einen ordnungsmäßigen Verlauf der Versammlungen gewährleisten zu können. Es wurden mit dieser Begründung politische Versammlungen im ganzen Bezirk Freudenstadt für Samstag und Sonntag vom Oberamt Freudenstadt verboten. Als ich diese Nachricht bekam, war es zu spät, um an anderen Orten in anderen Bezirken noch Versammlungen anzusetzen, da durch die neue Notverordnung eine Anmeldefrist von 48 Stunden vorgeschrieben ist. Wenn sich dieser Vorgang auch in anderen Bezirken wiederholen sollte, so wäre die ordnungsmäßige Durchführung eines Wahlkampfes vollkommen unmöglich gemacht, denn es wäre in das Belieben der einzelnen Oberämter gelegt, Wahlversammlungen ganz nach eigenem Gutdünken kurzerhand zu unterlagen, weil man Schwierigkeiten in der Ueberwachung befürchte.

Was gedenkt das Staatsministerium zu tun, um eine solche Einschränkung des Wahlkampfes zu beseitigen bzw. unmöglich zu machen?

Ich bitte um eine baldige schriftliche Antwort.
Johannes Fischer.

Aus Baden

Heidelberg, 19. Juli. (Heidelberg stellt den Schulden dienst ein.) Die Stadt Heidelberg, die einen Schuldenstand von 45 Millionen Mark zu verzeichnen und zu amortisieren hat, sah sich zum 1. Juli zum ersten Male genötigt, den Gläubigern mitzuteilen, daß sie zu weiterer pünktlicher Erfüllung des Schuldendienstes gegenwärtig nicht in der Lage sei und um Ausstand für unbestimmte Zeit nachsuchen müsse. Heidelberg befindet sich zurzeit an der Spitze aller badischen Städte in der Zahl der Wahlfahrtsverweigerer. Sie beträgt in Heidelberg 56,2, in Mannheim 60,4, in Florshelm 47,3, in Karlsruhe 38,5 und in Freiburg 28 auf das Tausend der Einwohner.

Schluchsee, 18. Juli. (Großer Schwarzwaldhof niedergebrannt.) In der Nacht zum Montag kurz nach Mitternacht wurde der im Fischbachthal gelegene Kotehof ein Raub der Flammen. Das alte stattliche Schwarzwaldhaus, das der Gemeinde Schluchsee gehört, war in kurzer Zeit völlig in Flammen gefüllt, so daß außer dem Großvieh fast nichts gerettet werden konnte. Der Pächter des Hofes, der Landwirt Albert Wunderle, verlor seine gesamten landwirtschaftlichen Geräte und Maschinen und die Wohnungseinrichtung und ist zur Zeit nicht versichert, da er nach der Kündigung seiner alten Versicherung dieser keine Gesellschaft finden konnte, die ihn mit dem alten Holzhaus (bedeckt mit einem großen Schindeldach) in eine Feuerversicherung aufnehmen wollte. Es ist dies der dritte Brandfall innerhalb vier Monaten; auch hier wird Brandstiftung angenommen.

Vom Titisee, 20. Juli. In Titisee hat der diesjährige Fremdenverkehr in den letzten zehn Tagen ganz außerordentlich zugenommen. Bereits etwa 80 v. H. der in den Hotels verfügbaren Betten konnten belegt werden. Unter den anwesenden Kurtschwestern befinden sich etwa ein Drittel Ausländer, insbesondere Engländer und Holländer.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Der Reichsinnenminister beim Deutschen Sängerfest. Der Reichsinnenminister Freiherr von Gagl hat sein Erscheinen zum Sängerbundesfest in Frankfurt a. M. angekündigt und wird in der volksdeutschen Weltstunde am Freitag, den 22. Juli, sprechen. Seine Rede wird auf sämtliche deutschen Sender übertragen werden.

68 Löwen von Kapitän Schneider im Straßburger Bahnhof. Im Straßburger Güterbahnhof lagert seit zwei Tagen ein Transport von 68 Löwen, 2 Tigern und einem Leoparden, die dem bekannten, in Konfuzius geratenen deutschen Jirkus Schneider gehören. Die Tiere, die in fünf großen Wagen zusammengepackt sind, kamen von Bordeaux und sollten über Kehl nach der Tschelohowatei befördert werden. Sie sind in Straßburg liegen geblieben, da Zollschwierigkeiten entstanden sind. In der Nacht zum Sonntag ist einer der Löwen eingegangen. Die zu erlegende Zollsumme soll sich auf 80 000 Franken belaufen.

Absturz eines Segelfliegers in der Rhön. Der Pilot der Schlesiergruppe des Deutschen Luftfahrtverbandes, der junge Breslauer Student Rüdiger Dieguit, ist heute auf der Wasserkuppe mit seinem Apparat „Der Senator“ abgestürzt. Rüdiger war sofort tot.

Aus dem Gerichtssaal

Der Anschlag auf den Reichsbankpräsidenten Dr. Luther

Berlin, 19. Juli. Vor dem Erweiterten Schöffengericht Berlin-Mitte begann der Prozeß gegen den 58 Jahre alten Rechtsanwält Dr. Roosen und den 44jährigen Volkswirtschaftler Werner Kertcher, die am 9. April d. J. auf dem Potsdamer Bahnhof einen Revolveranschlag auf den Reichsbankpräsidenten Dr. Luther verübten. Bei der Vernehmung der Angeklagten gab Dr. Roosen eine ausführliche Schilderung seines recht demotivierten Lebens. Er wurde in Buenos Aires geboren, besuchte in Wandsbeck bei Hamburg das Gymnasium, wurde Referendar am Kammergericht und Assessor beim Oberlandesgericht in Hamburg. Zum Doktor promoviert er in Heidelberg und ließ sich dann in Hamburg als Anwalt nieder. 1908 übersiedelte er nach Berlin, wo er sich mit Finanzgeschäften befaßte. Nebenberuflich beschäftigte er sich mit Finanzreformplänen und trat auch publizistisch hervor. Politische Beweggründe oder Hintergründe für ihr Vergehen existierten nicht. Bei der Ausarbeitung des Währungsprogrammes habe er sich mit Werner Kertcher angetraut. Er habe erkannt, daß es mit dem Programm allein nicht getan sei; man müsse auch das Rüstzeug schaffen, um das Programm zu festigen und wirtschaftlich zu fundieren. Es gebe keinen Mann von Bedeutung, den er nicht bearbeitet habe, ohne daß er damit hätte durchdringen können. Zuletzt endlich habe er sich nur mit der Attade auf die Reichsbank beschäftigt. Ueber die Tat selbst machte er trotz einiger Hinweise des Vorwurdes keine nähere Angaben.

Die Vernehmung des zweiten Angeklagten, Werner Kertcher, beschränkte sich auf die Bestätigung seines Bildungsanges. Nach der Verlesung des Eröffnungsbeschlusses stellte dann Dr. Roosen den Antrag, ihn sofort aus der Haft zu entlassen. Die Tat selbst sei ein lanariensgelber Unsinn, die kein Mensch verstanden habe, und das sei gerade der Zweck gewesen, um diese Verhandlung zu erreichen.

In der Nachmittagsverhandlung wurde der Nebenkläger, Reichsbankpräsident Dr. Luther, als Zeuge vernommen. Er berichtete über den Anschlag am Abend des 9. April auf dem Potsdamer Bahnhof. Das Gericht beriet über die Zulassung der Beweisanträge und einen neuerlichen Haftentlassungsantrag und beschloß, die Vollstreckung der Verhaftung vorläufig zunächst bis morgen auszusetzen, um den Angeklagten Gelegenheit zu geben, ihre Beweisanträge vorzubereiten.

Strafanträge im Deuabeim-Prozeß

Berlin, 19. Juli. Im Deuabeim-Prozeß stellte der Staatsanwalt folgende Strafanträge: Gegen Pastor Cremer wegen fortgesetzter Untreue drei Jahre Gefängnis, gegen Claussen wegen fortgesetzter Untreue drei Jahre Gefängnis und sofortiger Verbannung, gegen Generaldirektor Wilhelm Jepsel wegen fortgesetzter Untreue, Betruges in zwei Fällen, Untreue, Verschwendung und Bilanzverschleierung zwei Jahre sechs Monate Gefängnis, gegen Ernst Wilhelm Cremer wegen fortgesetzter Untreue und Betruges acht Monate Gefängnis, gegen Paul Jepsel vier Monate Gefängnis und gegen Rod drei Monate Gefängnis, während er bei Pfarrer Müller Freispruch mangels Beweises beantragte.

Turnen, Spiel und Sport

Die deutsche Straßenmeisterschaft

Auf einer sehr schweren Strecke, die von Nürnberg aus über Amberg, Regensburg, Neumarkt nach der Feststadt zurückführte, auf 225 Kilometer lang war, wurde die Deutsche Meisterschaft im Einer-Streckenfahren durchgeführt. Die Teilnehmer setzten sich aus den besten deutschen Straßenamateuren zusammen. Der Nürnberger Scheller, der schon auf der ganzen Fahrt sich viel um die Führung bemühte, erzielte einen prächtigen Spurt. Reus (1. RM. Stuttgart) wurde auf den 11., Weischedel (RM. Spartania Juffenhausen) auf den 17. Platz der Seitengruppe gefetzt. Ergebnis der Deutschen Meisterschaft im Einer-Streckenfahren: 1. Scheller (Louren-Klub Nürnberg) 7 Stunden 19 Minuten; 2. Hornig (RC. Staabmühle Offen); 3. Puttkammer (Berlin). Der Torpedo-Preis von Deutschland über 500 Kilometer wurde von der Berliner Gruppe gewonnen. Die zweitbeste Durchschnittszeit erzielte die in Mannheim gestartete Gruppe.

Eidgenössisches Turnfest in Aarau

Am Schlußtag des Eidgenössischen Turnfestes in Aarau marschierten auf dem Festplatz 16 000 Turner auf. Als Sieger aus dem Wettkampf ging der Schweizer Eugen Rad-Basel mit 98,10 Punkten vor seinen Landsleuten, dem Amsterdamer Olympiasieger Riez-Ediasso (97,35 Punkte) und Vandersommer-Winterthur (96,85 Punkte) hervor. Als bester Deutscher besetzte Franz Bendorff-Regensburg erst den 28. Rana. Im Vereinsturnen erzielten Vorbereten: 1. Klasse: in der fünften Stärkeklasse (13 bis 16 Turner) der MTV. München 1879, in der sechsten Stärkeklasse (10-12 Turner) München 1880 und in der siebenten Stärkeklasse (9-10 Turner) Mannheim 1846.

Handel und Verkehr

Getreide
 Berliner Produktenbörse vom 19. Juli Weizen märk. 239 bis 241; Futtergerste 157-172; Hafer 157-162; Weizenmehl 29.50-33.75; Roggenmehl 24.75-26.50; Weizenkleie 11.50-11.60; Roggenkleie 10.25-10.60; Viktoriaerbsen 17-23; H. Sojelerbsen 21-24; Futtererbsen 15-19; Peluditen 16-18; Ackerbohnen 15-17; Widen 17-19; Lupinen blaue 10.50-11.50; gelbe 15-16.50; Veilchen 10.40-10.70; Erdnusskuchen 11.20 bis 11.30. Tendenz: behauptet.

Markt
 Stuttgarter Schlachtviehmarkt vom 19. Juli
 Auftrieb: 26 Ochsen, 70 Bullen, 314 Jungbullen, 468 Jungkälber, 163 Rinder, 1353 Kälber, 242 Schweine, 18 Schafe. Umverkauft: 5 Ochsen, 2 Bullen, 80 Jungbullen, 50 Jungkälber, 8 Rinder, 52 Schweine.
 Ochsen a) ausgem. 30-33 (30-34); b) vollst. 25-28 (25-28); c) H. 22-24 (22-24);
 Bullen: a) ausgem. 23-24 (23-25); b) vollst. 21-22 (21 bis 22); c) H. 19-20 (19-20);
 Jungbullen: a) ausgem. 34-37 (34-37); b) vollst. 28-32 (28 bis 29); c) H. 24-27 (24-27);
 Kälber: a) ausgem. 22-27 (22-27); b) vollst. 17-20 (17 bis 20); c) 12-14 (12-14); d) gering genährte Tiere 9-11 (9-11);
 Rinder: b) feinste Maß- und beste Sauml. 34-37 (34-37); c) mittl. Maß 28-32 (27-31); d) geringe Kälber 24-27 (23 bis 26);
 Schweine: a) fette über 30 Pfund 44 (44); b) vollst. von 240 bis 300 Pfund 44 (43-44); c) von 200 bis 240 Pfund 43-45 (43-44); d) von 160 bis 200 Pfund 42-43 (42-43); e) und f) von 120 bis 160 Pfund und unter 120 Pfund 39-41 (39-40); g) Sauen 30-36 (28-33).
 Verkauf: Großvieh langsam. Heberstand. Schweine mäßig. Heberstand.

Hochheimer Schlachtviehmarkt vom 19. Juli. Auftrieb: 3 Ochsen, 4 Rinder, 55 Kälber, 20 Ferkel, 48 Kälber, 5 Schafe, 455 Schweine. Preise: Ochsen a) 32-34, b) 27-30 Ferkel a) 27, b) und c) 25-28, Rinder a) 24, b) und c) 20-22 Kälber a) 25-37, b) 32-34, Kälber b) 35-38, c) 32-35, Schweine b) 44-45, c) 43-45, d) 42-44 RRR. Marktverlauf: mäßig belebt.

Herrenberg, 18. Juli. (Wich- und Schweinemarkt.) Dem heutigen Viehmarkt waren zugeföhrt: 2 Ochsen, 40 Rinder, 60 Kalbinnen, 84 Stück Jungvieh und 2 Stiere. Von Händlern waren 65 Stück Vieh zugeföhrt. Obgleich ziemlich viel Kauflustige am Platze waren, ging der Verkauf schleppend. Die Preise bewegten sich in gleichen Bahnen wie bei dem letzten Markt. Erlöst wurde für ein Paar Ochsen 370 Mark, für trüchtige Rinder 300-400 Mark, Milchkühe 250-350 Mark, Schlachtkühe 100-200 Mark, Schaffkühe 270-380 Mark, Kalbinnen 350 bis 450 Mark, Jungkälber 80-250 Mark. Dem gleichzeitigen Schweinemarkt waren zugeföhrt: 303 Stück Milchschweine und 28 Stück Ferkelschweine. Verkauft wurden 250 Milchschweine zum Paarpreis von 30-48 Mark und 14 Ferkel zum Paarpreis von 58-70 Mark. Der Verkauf ging gut.

Vergleichsverfahren
 Sofie Lis Witwe, Inh. der Firma A. Lis & Sohn, Möbel-fabrik in Ulm.

Rundfunk
 Donnerstag, 21. Juli: 6.00 Zeit, Wetter, Gymnastik, 7.00 Wetter, Nachrichten, 7.05-8.00 Bad Homburg: Frühkonzert, 10.00 Stuttgart: Pieferskünde, von Joh. Staudenmaier, 10.20 Freiburg: Saxophon- und Klarinettenquartett, 11.00 Stuttgart: Zeit, Wetter, Nachrichten, 11.15 Funkwerbungskonzert, 12.00 Wetter, anschl. Frankfurt: Deutsches Sängerbundestfest, Bannerübergabe auf dem Römerberg, 13.00 Stuttgart: Eine kleine Nachtmusik von Mozart, 13.15 Zeit, Wetter, 13.30 München: Mittagskonzert, 14.00 bis 14.30 Stuttgart: Funkwerbungskonzert, 14.30 Englischer Sprachunterricht für Anfänger, 15.00 Frankfurt: Jugendstunde, 16.00 Wildbad: Konzerte des Kurorchesters, 17.00 Köln: Nachmittagskonzert, 18.15 Stuttgart: Zeit, 18.30 Mannheim: Dr. H. Tannenbaum: Bilderfälschungen, 18.55 Stuttgart, Zeit, Wetter, 19.00 Schallplatten, 19.30 München: Bunter Abend 21.10 Stuttgart: Die Entwicklung des deutschen Streichquartetts, 7. Abend, Max Neger, 21.50 Aus dem Musiksaal der Firma M. Welte in Freiburg i. Br.: Mechanische Musik von Mozart bis Hindemith, 22.30 Zeit, 22.45 Nachtmusik.

Beste Nachrichten

Die Zahl der Altonaer Todesopfer auf 16 erhöht
 Altona, 19. Juli. Von den Schwerverletzten der Unruhen am Sonntag ist heute ein weiterer seinen Verletzungen erlegen, so daß sich die Zahl der Todesopfer auf insgesamt 16 erhöht. Drei weitere Schwerverletzte schweben noch in Lebensgefahr.

Großer Kaffeemuggel in Hamburg aufgedeckt
 Hamburg, 19. Juli. Die Zollfahndungsstelle hat einen groß angelegten Zollschmuggel in Kaffee aufgedeckt. Seit Oktober 1931 sind in einem Lastkraftwagen, einem Möbelwagen und einem Motorfahrrad, die mit geheimen Fächern versehen waren, etwa 85 000 Kilo Kaffee geschmuggelt worden. Acht Personen wurden verhaftet.

10 Todesopfer eines Flugzeugabsturzes in den Anden
 Valparaiso, 19. Juli. Das Flugzeug „San José“, das auf dem Wege von Santiago de Chile nach Buenos Aires verschollen war, ist in der Nähe der chilenischen Farm Santa Roja im Las Condastal völlig zerstört im Schnee begraben aufgefunden worden. Alle zehn Insassen sind tot.

Gestorben
 Calw: Pauline Haller geb. Wegler.
 Bad Liebenzell: Karl Schönlén, Cafetier.
 Baiersbrunn: Elisabeth Schweikle, 51 J. a.

Unwähliches Wetter für Donnerstag
 Die Wetterlage wird jetzt mehr von Hochdruck beherrscht, so daß für Donnerstag vielfach heiteres und auch beständigeres Wetter zu erwarten ist.
 Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei, Altensteig.
 Verantwortlich für die Schriftleitung: L. H. a. u.

Ab heute Mittwoch bis 3. August

großer Saison-Schluß-Verkauf

Einige Hundert Reste besonders billig

mit enormer Preisermäßigung auf alle Sommerwaren, Vorhänge, Mäntel und Kleider bis zu 40 Prozent Rabatt

E. Schiler, Nagold Vorstadtplatz und untere Marktstraße.

Zwangsvorsteigerung.
 Am Donnerstag, den 21. Juli ds. Js., nachmittags 3 Uhr wird auf dem Hofe des Finanzamts öffentlich meistbietend gegen Bar versteigert:
 1 neuer Musikapparat (Schrankgrammophon) für Kaffee und Wirtschaft besonders geeignet. Der Verkauf findet bestimmt statt.
 Vollstreckungsstelle des Finanzamts Altensteig.

Altensteig
 Nächsten Freitag und Samstag
Mühlkanalreinigung.

Schäferlauf Wildberg
 am Sonntag, den 24. Juli 1932
 Zum Besuch dieses althistorischen Schäferfestes ergeht hiemit höfliche Einladung.
Festordnung:
 6-11 Uhr: Landespreishüten 1932 des Landesverbands Württemberg im Verein für deutsche Schäferhunde.
 11-12 Uhr: Konzert der Stadtkapelle auf dem Marktplatz.
 12 1/2 Uhr: Gottesdienst.
 1 Uhr: Aufstellung des Festzugs.
 Auf dem Festplatz: Wettläufe der Schäfer und Schäfermädchen, Volkstümliche Vorführungen.
 Nummerierter Sitz auf den Tribünen: 1 RM. 50 Pfg. und 1.-RM.
 Stehplätze: 80 Pfg. und 50 Pfg.
 Karten im Vorverkauf bei der Stadtpflege.

Photo-Alben
 sind in neuer Auswahl, in den beliebtesten Formaten in geschmackvollen Ausführungen und in jeder Preislage zu haben in der
Buchhandlung Lauk, Altensteig.

Werben
 für sein Geschäft muß heute jeder Kaufmann, der seine Kundschaft erhalten und neue Kunden gewinnen will; werben muß jeder Geschäftsmann, der weitschikend die heutige Wirtschaftslage überblickt und seinen Betrieb auf dem Laufenden halten will; werben muß schließlich jeder, der in der heutigen Zeit Geschäfte machen will.

Die Schwarzwälder Tageszeitung wirbt für Sie!
 Versuchen Sie es einmal mit einer Anzeige in der „Schwarzwälder Tageszeitung“ oder mit Werbe-Drucksachen. Eine Anzeige kostet nicht viel und bringt Ihnen sicher Erfolg. Mit Werbe- und sonstigen Drucksachen werden Sie von uns rasch und billig beliefert. Wir beraten Sie gerne und unverbindlich und sind bereit, durch unsere Zeitung und durch moderne Drucksachen Ihre Werbung zu unterstützen und Ihr Geschäft zu beleben.

Altensteig
Fliegengänger „Aeroxon“
Bremsenöl in Flaschen
 Für Wiederverkäufer zu Fabrikpreisen bei
Chr. Burghard jr.

Autobusfahrten
 Freitag, den 22. Juli
Fahrt nach Stuttgart
 Fahrpreis RM. 4.50. Anmeldungen Gasthof Grüner Baum Telefon 20. Abfahrt 7.15 Uhr.
 Omnibusverkehr
 Gebr. Klumpp, Baiersbrunn SA. 2233.

Papierservietten
 mit Aufdruck
 liefert preiswert die
 W. Rieker'sche Buchdruckerei Altensteig.
Altensteig
Milch
 kann abgeben
 Gg. Gutekunst, Rißerel.

Donnerstag, den 21. Juli 1932
von der Reise zurück
Dr. R. Vogel

Fünfbronn.
Todes-Anzeige.
 Dem Herrn über Leben und Tod hat es gefallen, meine liebe Gattin, unsere gute, treubesorgte Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante
Elisabethe Bäuerle
 geb. Theurer
 nach kurzer, schwerer Krankheit in die ewige Heimat abzurufen.
 In tiefer Trauer:
 der Gatte Johannes Bäuerle
 die Söhne Christian u. Johannes
 Die Beerdigung findet am Donnerstag nachmittags um 2 Uhr statt.

Butterpergamentpapier empfiehlt die Buchhandlung Lauk, Altensteig.

Altensteig Sonderangebot! Altensteig
 Um dem Wunsche unserer werten Kundschaft entgegenzukommen, stellen wir neben unseren
selbstgemachten erstklassigen Eiernudeln
eine zweite Sorte gute, billige Eiernudeln her
 und empfehlen solche zum Preise von 45 Pfg. per Pfd.
 Untere Stadt:
Hermann Lenk Georg Drexel Karl Steeb
 Obere Stadt:
Fritz Rau Konrad Katz